

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/245

21. Dezember 1972

Der Vertrag mit Ostberlin

Konfrontierung der Opposition mit dem
Gesamtinteresse

Seite 1 / 35 Zeilen

Sinn und Zweck einer Ressortteilung

Zur Ministeriums-Aufgliederung in Bildung
und Forschung

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Seite 2 und 3 / 69 Zeilen

Vor dem Ende der Ära Strauß

Betrachtungen eines Bayern in Bonn

Von Georg Kahn-Ackermann MdB

Seite 4 und 5 / 95 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 626 646 / 626 647
626 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Vertrag mit Ostberlin

Konfrontierung der Opposition mit dem Gesamtinteresse

Mit der Bonner und der Ostberliner Unterschrift unter den "Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" ist ein entscheidender Abschnitt in der pragmatischen Entwicklung des zwiischendeutschen Verhältnisses erreicht worden. Nach der politischen Sachlage kann einkalkuliert werden, daß dieser Vertrag in absehbarer Zeit dem Bonner Parlament und der Ostberliner Volkskammer zur Ratifizierung vorgelegt werden wird, um dann endgültig in Kraft zu treten. Mit diesen Fakten hat jedermann zu rechnen.

Die Bundestagsfraktion der CDU und CSU hat gegen nur vier Stimmen ihr Nein zu dem Vertrag publiziert. Diese Ablehnung wird man zur Kenntnis zu nehmen haben, was der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner nachdrücklich unterstrichen hat, freilich mit der Hinzufügung der Warnung, daß sich die Opposition mit ihrem Nein nicht in eine Sackgasse verrennen sollte. Wir alle werden mit dem Vertrag leben müssen und ständig versuchen, das Beste aus ihm zu machen. Das würde zum Beispiel aussagen, daß die Opposition im Bundestag die Gesamtposition der Bundesrepublik allein schon aus dem Grunde festigen und stärken sollte, damit die vertraglichen Vereinbarungen im Tagesbetrieb gegen alle erkennbaren oder möglicherweise noch kommenden Restriktions- oder Verzögerungsabsichten durchgesetzt werden können.

Diese Aufgabe ist für die Opposition umso attraktiver, als die Weltmeinung ganz zweifellos den Vertrag unterstützt und seine Realisierung durch beide Seiten als gewichtiges Zeichen für das weitere Vorankommen der Ost-West-Entspannung und dabei insbesondere des Verhalten der DDR für oder gegen diesen Welttrend überaus sorgfältig beobachten und registrieren wird. Man sollte bis zum erschöpfenden Beweis des Gegenteils mit solchen Erkenntnissen in der CDU und in der CSU rechnen dürfen, weil nicht vorstellbar sein sollte, daß sie ein Justament-Verrennen in der von Wehner genannten politischen Sackgasse dem gesamtverantwortlichen Mitwirken an den nunmehr vertraglich erreichbaren Durchsetzen menschlicher Erleichterungen für die Deutschen in der BRD und in der DDR vorziehen könnten. (ee/21.12.1972/ks/ee)

* * *

Sinn und Zweck einer Ressortteilung

Zur Ministeriums-Aufgliederung in Bildung und Forschung

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Bei einer kritischen Betrachtung könnte man die Aufteilung des bisherigen Bereichs Bildung und Wissenschaft in ein neues Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und ein zweites Bundesministerium für Forschung und Technologie bedauern, weil die Einheit eines Bildungs- und eines Forschungsgesamtkonzepts gefährdet erscheint. Bei einer differenzierteren Betrachtungsweise jedoch - unter Berücksichtigung aller Argumente für die künftige Arbeit im Kabinett und im Parlament - erscheint eine Teilung des Ressorts durchaus sinnvoll. Einmal sollen durch eine Koordinierung unter den beiden neuen Ministerien Konflikte vermieden und die Einheit von Bildung und Forschung gewahrt werden, zum anderen ist zu bedenken, das letztlich dem Kanzler im Kabinett die letzte Entscheidung und Weichenstellung vorbehalten bleibt.

Die Forschungsförderung hat in den letzten Jahren erstaunliche Dimensionen angenommen und wird in den kommenden Jahren weiter anwachsen. Forschungsförderung kann sich nicht nur auf den universitären Bereich erstrecken, sie hat auch außeruniversitäre Bedeutung. Im Bundesministerium für Forschung und Technologie wird neben den bisherigen Bereichen der Datenverarbeitung, Luftfahrt- und Weltraumforschung, Kernenergie, Meeresforschung und weiterer fortgeschrittener Technologien, auch die Entwicklung einer bundesweiten Infrastruktur für die Übermittlung von Nachrichten und Daten ein neuer Schwerpunkt sein. Fragen der Forschung und Technologie müssen deshalb mehr als bisher einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, um das öffentliche Bewußtsein für die Notwendigkeit finanzieller Aufwendungen zu wecken.

Forschungsförderung sollte in Zukunft unter einem erweiterten Katalog von Gesichtspunkten betrieben werden, als nur mit der Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen. Gemeint ist eine systematisierende Bewertung von Großforschungsgebieten und moderner Technologie auch unter den Kriterien des gesellschaftlichen Nutzens.

der Forschung, d.h. unter dem Aspekt des Umweltschutzes (z.B. Entwicklung umweltfreundlicher Werkstoffe), der gesundheitlichen Rück- und Auswirkungen, der Verbesserung der Nahverkehrssysteme (z.B. Magnetschwebebahn und Elektrofahrzeuge) und vielen anderen Gesichtspunkten mehr.

Diese Aufgabe, verbunden mit einer modernen Bildungspolitik, würde die Spitze eines einzigen Hauses sicherlich überfordern, zumal auch deshalb, weil das eine Ministerium für Bildung und Wissenschaft wegen unseres föderativen Staatsaufbaues auf umständliche und langwierige Verhandlungen und die politische Vernunft der Bundesländer angewiesen ist, das andere Ministerium für Technologie und Forschung sich dagegen auf eindeutigeren Kompetenzen des Bundes stützen und andere Entscheidungsmechanismen nutzen kann. Allerdings wird dieses Haus die gleichen Schwierigkeiten, die der föderative Staatsaufbau für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mit sich bringt, auf europäischer Ebene bewältigen müssen.

Weil im Geschäftsbereich des neuen Bundesministeriums für Forschung und Technologie wesentliche Komponenten zukünftiger Kommunikationssysteme erforscht und gefördert werden sollen, erscheint es konsequent, diesem Ministerium die Bundespost anzugliedern. Die Post ist sicherlich nicht mehr unter dem Blickwinkel der Postkutsche und der Briefmarke zu betrachten. In ihren Arbeiten in der Nachrichtentechnischen Forschung, Entwicklung und deren praktischer Anwendung hat sie eine wichtige technologische Zukunftsaufgabe übernommen. Von einem modernen Kommunikationsinstrument hängen einerseits Völkerverständigung und Frieden, andererseits bessere Bildungs- und Informationsmöglichkeiten für breite Schichten unserer Bevölkerung ab, nicht zu vergessen die ökonomischen Vorteile für unser Land im internationalen Wettbewerb, beispielsweise bei den Nutz- und Nachrichtensatelliten.

Auch für die parlamentarische Arbeit bringt die Aufteilung in zwei Ressorts neue Aspekte. Die Mitglieder eines einzigen Ausschusses Bildung und Wissenschaft waren bisher überfordert, wenn sie sich neben der Bearbeitung aktueller bildungspolitischer Fragen auch noch mit genügender Intensität und Sachkunde sich forschungspolitischen Problemen zu widmen und hier die Kontrollfunktion des Parlaments genügend wahrzunehmen hatten. Die Wahrnehmung der bisherigen Aufgaben durch zwei Ausschüsse darf aber nicht bedeuten, daß auf eine enge Kooperation zwischen beiden verzichtet wird. (-/21.12.1972/ks/ex)

Vor dem Ende der Ära Strauß

Betrachtungen eines Bayern in Bonn

Von Georg Kahn-Ackermann MdB

Wenn die Christlich-Soziale Union sich auch noch sträubt, das Undenkbare in Erwägung zu ziehen: Eine kritische Würdigung der bayerischen Wahlergebnisse erlaubt die Prognose, daß die Aussichten von Dr. Hans-Jochen Vogel und der bayerischen SPD, noch vor dem Landtagswahltag 1974 der CSU das Fürchten zu lehren, gut sind.

Die Restbestände an Wählerreserven für die CSU bei der alten Bayernpartei und der NPD sind in dieser Bundestagswahl restlos aufgezehrt worden. Die Hoffnung der CSU, in München und in anderen Großstädten künftig weitere Stimmengewinne erzielen zu können, dürfte ebenso trügerisch sein wie der Wunsch aus dem mäßigen und gelegentlich enttäuschenden Abschneiden der Sozialdemokraten in der Region München einen zukunftssträchtigen Trend herauslesen zu können. Die immer drückender werdenden Folgen einer verfehlten Bildungspolitik der CSU-Regierung in München, die sich zur Zeit in überfüllten Klassen und Lehrermangel an nahezu jedem Schulort ausdrücken, werden in den kommenden Jahren kaum zu beseitigen sein. Es spricht überdies auch nicht für das Selbstbewußtsein der bayerischen Staatsregierung, daß sie in der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes in den Zeitungen einen Leistungsbericht veröffentlichte, indem sie sich dadurch überwiegend mit fremden Federn geschmückt hatte, daß sie die Zuschüsse und Subventionen der von ihr bekämpften Bundesregierung diskret als Eigenleistungen unterschob.

Aber in welche Form auch immer Franz Josef Strauß und die Seinen mit oder ohne festgebundenem Helm ihren Kampf gegen die Bonner Regierung kleiden werden, der Regierungssessel des "Landesvaters" Goppel wackelt nicht weniger als der seiner CDU-Kollegen Kohl in Mainz und Stoltenberg in Kiel. Die Ära Strauß geht zu Ende.

Der voraussichtlich letzte große politische Kraftakt des CSU-Vorsitzenden wird bestenfalls der Eselsritt für den erfolglosen

Kanzlerkandidaten der Union, Dr. Barzel, sein können, obwohl man sich fragt, ob dies dem CSU-Chef auf die Dauer gesehen wirklich nützlich ist. Vor allem, wenn er in Bonn eine eigenständige und im wesentlichen auf die Ablehnung der Deutschland- und Außenpolitik der Regierung Brandt/Scheel gegründete Oppositionspolitik machen will.

Die Führungsriege der "Union" war schon im Wahlkampf nicht übermäßig attraktiv, aber wer immer Barzel eines Tages nachfolgt, wird nicht übersehen können, was durch Meinungsumfragen längst erwiesen ist - nämlich, daß die Mehrheit der "Unions"-Wähler für einen deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik und einer den politischen Möglichkeiten angepaßten Normalisierungspolitik gegenüber der DDR ist.

In diesem Punkt mögen in der Tat die Uhren der bayerischen CSU-Wähler besonders südlich der Donau etwas nachgehen. Aber wenn man sich überlegt, daß auch ohne den zwar nicht wünschenswerten, aber denkbaren Zerfallsprozeß bei den "Unions"-Parteien die Chancen gut stehen, daß die Sozialdemokraten nicht nur die nächsten vier Jahre, sondern sehr wahrscheinlich bis zum Jahr 1980 in der Bundesrepublik regieren werden, ist das für die Koalition verkraftbar. Voraussetzung ist freilich, daß der während des Wahlkampfes sichtbar gewordene Prozeß größerer Solidarität und die verstärkte Integrierung unterschiedlicher Meinungen und Zielsetzungen in der SPD anhält. Ein Prozeß übrigens, der auch davon beeinflusst wird, wie weit die FDP sich eine Zustimmung zu sozialdemokratischen Zielvorstellungen in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Gesellschaftspolitik schlechthin wird abringen können.

Die Regierung ist um das Pensum, das sie in den kommenden Jahren zu bewältigen hat, nicht zu beneiden. Die Stabilitätspolitik wird möglicherweise eine Reihe von sehr unpopulären Maßnahmen erforderlich machen, und davon abgesehen gibt es darüber, daß die Bürger für den Staat erheblich tiefer werden in die Tasche greifen müssen, keinen Zweifel.

Dabei wird es interessant zu sehen sein, ob gerade die CSU, die während des Wahlkampfes am lautesten nach Stabilitätsmaßnahmen geschrien hat, in solchen Situationen ihrer politischen Pflicht genügen und Stabilitätspolitik im Bonner Parlament unterstützen wird, oder ob sie die Wegelagereremaneur, mit der sie - ohne die geringste Alternative aufzuzeigen - die Außen- und Deutschlandpolitik bekämpft hat, weiter fortsetzen wird. Dies dürfte ihr vor allem auf die Dauer dann schlecht bekommen, wenn Bayern sich erneut an die Spitze einer politischen Obstruktionsliga im Bundesrat setzen sollte.

Dr. Vogel wäre nicht Dr. Vogel, wenn er und seine bayerischen Kollegen in Bonn den bayerischen Wählern die Nachteile einer solchen Obstruktionspolitik nicht deutlicher als je zuvor vor Augen führen würden. - Die Ära Strauß geht zu Ende. Was immer Goppels Statthalter in Bonn, Staatsminister Dr. Franz Heubl, an Kritischem und Negativem vom Rhein an die Isar berichten wird, er wird auch berichten müssen, daß ab 15. Dezember 1972 in Bonn mehr für Bayern gemacht werden wird als je zuvor. Allerdings kaum in der CSU-Landesgruppe. Denn mit Sicherheit wird der große Vorsitzende Franz Strauß schon bald die Freude am politisch aussichtslosen Spiel auf den harten und etwas fruchtlosen Bänken der Opposition leid werden. + + +
(-/21.12.1972/bgj/ex)